

## Welche Folgen hat die Krise für die regionale Integration?

Mit Licht und Schattenseiten ist die regionale Integration in den letzten Jahren in Lateinamerika und insbesondere in Südamerika vorangeschritten. In diesem Beitrag wird die Auffassung vertreten, dass die Krise fundamentale Herausforderungen an die Integration stellt, insbesondere im Hinblick auf Verkehrsverbindungen, den Energieverbund, die Überwindung der Armut und die Integration der Wissensgesellschaft. Wenn es in diesen Fragen Fortschritte erzielt, dann hat Südamerika große Chancen, zu einer Makroregion von weltweiter Bedeutung zu werden, so wie Europa oder Nordamerika. Aber dafür ist notwendig, dass die Regierungen der Region das Ausmaß der Krise und den durch sie verursachten Bruch bestehender Paradigmen verstehen und Projekte in Angriff nehmen, die die alte neokonservative Sicht überwinden.

**LUIS MAIRA**

### ■ Die globale Krise in Lateinamerika aus vergleichender Sicht

Wirtschaftskrisen sind in Lateinamerika nichts Neues. Man könnte fast sagen, dass sie Teil unserer historischen Identität sind. In den letzten 80 Jahren wurden wir von drei schweren Rezessionen enorm getroffen: der, die der

---

**Luis Maira:** chilenischer Politiker und Wissenschaftler mit Spezialgebiet Internationale Beziehungen, ehem. Minister für Planung und Zusammenarbeit und gegenwärtiger Botschafter Chiles in Argentinien und Gastprofessor an der *Centro de Investigación y Docencia Económicas* (CIDE), Mexiko.  
**Schlagwörter:** Krise, Integration, Entwicklung, Südamerika.

Weltwirtschaftskrise von 1929 folgte, jener, die die Schuldenkrise von 1982 begleitete, und der jetzigen, die man mit aller Macht in den letzten Monaten des Jahres 2008 zu spüren begann. Einige dieser Rezessionen, vor allem die von 1982, lösten danach in einigen Ländern enorm schwierige Zeiten und Verwerfungen aus, wie die in Chile zwischen 1983 und 1984, als das BIP um mehr als 17% sank, oder die des »Dezemberirrtums« 1994 in Mexiko, die die Wirtschaft des Landes um fast 10% schrumpfen ließ; die Probleme der brasilianischen Wirtschaft 1998 während der Asienkrise; die monumentale Krise Argentiniens 2001-2002, die das Finanzsystem zerstörte, wobei die Regierung die Kontrolle über die Geldemission und die Fähigkeit zur Verschuldung an die Provinzen verlor und damit die Existenz des Nationalstaats aufs Spiel setzte.

In einer Region mit dieser Vorgeschichte muss man die gegenwärtige Krise aus vergleichender Sicht und im richtigen Kontext betrachten. Die Situation ist beunruhigend aber weit davon entfernt, die größte Herausforderung oder Schwierigkeit zu sein, denen diese Länder in ihrer Geschichte gegenüber standen.

Ein erster vergleichender Blick erlaubt es, zwei Situationen voneinander zu unterscheiden. Die Krise nach der großen Depression von 1929 und die heutige hatten ihren Ursprung im Ausland: beide hatten ihr Epizentrum in den USA und breiteten sich von dort über die entwickelten Länder aus, um später in unserer Region anzukommen. Die andere große Krise, die von 1982, hatte dagegen endogene Ursachen. Sie begann in Mexiko, wo der Peso im selben Jahr gegenüber dem US\$ um 600% abgewertet wurde, mit den entsprechenden Folgen für den Außenhandel und die Inflation. Dasselbe geschah in den anderen Ländern, in denen sich die Krise vom Ursprungsherd her nach und nach ausbreitete, was in Lateinamerika zu einer Situation sich allgemein verschlechternder Produktion und zunehmender Armut führte, und was schließlich die Bezeichnung der 80er Jahre als »verlorenes Jahrzehnt« rechtfertigte.

Wenn man die beiden großen im Ausland entstandenen Rezessionen gegenüberstellt kann man einige interessante Schlussfolgerungen ziehen. In beiden Fällen erholten sich die Länder Lateinamerikas vom Schlimmsten viel früher als die USA. Während den Schätzungen des englischen Wirtschaftshistorikers Victor Bulmer-Thomas zufolge in den USA die volle Reaktivierung nach der Weltwirtschaftskrise erst mit der Kriegswirtschaft nach Ausbruch des 2. Weltkrieges in 1939 erfolgte, begann die Erholung in unserer Region

vorher: 1932 in Kolumbien, 1933 in Brasilien, 1934 in Mexiko und 1935 in Argentinien. Nur Chile und Kuba erlebten einen längeren Krisenzyklus und grössere Schäden in ihren Volkswirtschaften<sup>1</sup>.

Ein weiterer bedeutsamer Unterschied ist das, was im Hinblick auf das Funktionieren der Finanzinstitutionen in den Jahren vor jeder dieser Krisen geschehen ist. Während die USA in den 20er Jahren eine Welle des Optimismus und des Wohlstands erlebte, die Präsident Hoover – derselbe, der bald machtlos vor den Folgen des Crash von 1929 stehen sollte – das berühmte Versprechen machen ließ: »für jeden Amerikaner ein Haus und in jeder Garage ein Auto«, wurde in unseren Ländern die Lage vor der Krise nicht so günstig gesehen. Dagegen mussten sich die USA schon vor dem Ausbruch der gegenwärtigen Krise mit Turbulenzen auseinandersetzen, in denen das Stolpern der *subprime* Hypotheken und die ernstesten Probleme der Investitionsbanken sichtbar wurden, während Lateinamerika zwischen 2003 und dem ersten Halbjahr 2008 wirtschaftlich die beste Zeit des letzten halben Jahrhunderts erlebte.

Die Region wuchs um nahezu 5% jährlich, die exportierten *commodities* – Soja in Brasilien, Argentinien und Uruguay, Kupfer in Chile und Peru, Erdöl in Venezuela und Ecuador – erzielten Rekordpreise, die die Austauschverhältnisse um über 100% verbesserten. Dieses führte zu einem Zyklus aus neu geschaffenen Arbeitsplätzen, Exportwachstum und Verbesserung bei den Währungsreserven. Es war das erste Mal seit den Jahrzehnten unmittelbar

**Es war das erste Mal seit  
den Jahrzehnten unmittelbar  
nach dem 2. Weltkrieg,  
dass es Lateinamerika  
besser ging als den wichtigsten  
Industrieländern ■**

nach dem 2. Weltkrieg, dass es Lateinamerika besser ging als den wichtigsten Industrieländern.

Diese Wachstumsphase hat dazu geführt, dass man der gegenwärtigen Lage mit der Kraft der angesammelten Aktiva begegnen und dadurch die negativen Einflüsse der neuen Lage teilweise mindern

kann. Außerdem hat das Bankensystem gut funktioniert und keine anderen Finanzinstitutionen oder der Immobilienmarkt sind kollabiert. Es gab nur den logischen Rückgang der Transaktionen. Lateinamerika leidet unter den

---

1. In *Historia económica de América Latina desde la Independencia*, FCE, México, DF, 2003, zitiert bei José Serra: «The International Crisis: A Latin America View», Vortrag im *Foresight*, Washington, DC, 18.6.2009.

Folgen der internationalen Kreditklemme und unter Schwierigkeiten, produktive Projekte zu finanzieren, aber dies ist etwas ganz Anderes als der Bankrott der Volkswirtschaften Mexikos oder Chiles in den 80er Jahren.

Ein nicht weniger bedeutender Faktor war, dass unsere Länder und die Bevölkerung im Allgemeinen gelernt haben, mit den Folgen von Krisen umzugehen. In Argentinien, das sie mit beeindruckender Häufigkeit erlebt hat, wissen alle sehr gut, was zu tun ist wenn die mageren Jahre kommen. Auf die Dauer sind dort die psychologischen Folgen einer ökonomischen Depression viel geringer und nie so dramatisch wie im letzten Jahr in den USA.

Zu Beginn des zweiten Halbjahres 2009 und bevor der Ausbruch der gegenwärtigen Rezession auch nur ein Jahr zurück liegt, scheint es bereits so, als ob man den Boden erreicht hätte und eine Aufschwungsphase beginnt, wobei nur der Optimismus über die Dauer dieses Prozesses größer oder kleiner ist. Andererseits ist die Untersuchung der Krisenfolgen in den verschiedenen Ländern sehr lehrreich, genau wie die Analyse jener Daten, die es erlaubt haben, die negativen Folgen zu neutralisieren.

In die Liste der am meisten betroffenen Länder gehören Mexiko, Kuba und die zentralamerikanischen Staaten. Für Mexiko war seine Verbindung über die Nabelschnur des nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA mit den USA und Kanada ausschlaggebend, denn dort gehen 90% seiner Exporte hin und die sind in der Tat stark zurückgegangen. Man schätzt, dass Mexiko in der ganzen Region den größten Rückgang des BIP erleben wird, etwa 8% bis 9% in 2009. Kuba seinerseits war zwei zerstörerischen Hurrikannen ausgesetzt, die den stärksten Abschwung in 20 Jahren ausgelöst haben. Dazu kommt der Rückgang der Zuckerproduktion und vor allem auch des Tourismus, seiner wichtigsten Devisenquelle.

Als wäre dies nicht genug ist der Preis für Bauxit, dem wichtigsten kubanischen Exporterz, dramatisch zurück gegangen und zwar auf weniger als ein Viertel des Preises während des Höhepunkt des Rohstoffbooms. Dagegen sahen die zentralamerikanischen Staaten wie sich ihre Lage infolge des abnehmenden Tourismus und des starken Rückgangs der Überweisungen ihrer in den USA lebenden Bürger verschlechterte. Die Auslandsüberweisungen sind im ersten Halbjahr 2009 um 10% gefallen und sinken weiter.

Dem gegenüber ist die Lage in Peru, Chile und Brasilien viel besser, auch wenn es einige Punkte gibt, die diese Aussage relativieren. Peru ist die Nation, in der

es zu der geringsten Abwertung kam: der Sol behielt seinen Wert gegenüber dem us\$ sogar in den ersten Monaten der Krise, als der brasilianische Real oder der mexikanische Peso zusammenbrachen. Gleichzeitig gelang es dem Land seine Produktion und den Zufluss von Auslandsinvestitionen aufrecht zu erhalten. In den Schätzungen für 2009 erscheint Peru als eines der wenigen Länder mit einem gewissen Wachstum. Dem steht gegenüber, dass sich die Regierung mit ernststen politischen Krisen auseinander zu setzen hat, die sie zu einer Kabinettsumbildung zwangen und zu einem Popularitätsverlust des Präsidenten Alan García führten. Die schweren Zwischenfälle mit einer Indiogemeinschaft im Amazonas, im Süden die wachsenden Spannungen mit Anhängern des nationalistischen Oppositionspolitikers Ollanta Humala und das graduelle operative Wiedererstarben des *Sendero Luminoso*, diesmal

**Im Fall Chiles ist die  
Akkumulation von fast  
21 Milliarden us\$ während  
der Zeit hoher Kupferpreise  
ausschlaggebend, die  
nun die notwendigen Mittel  
für eine aktive antizyklische  
Politik generieren ■**

in einem engen Kreis mit Gruppen des Drogenhandels koordiniert, werfen einen Schatten auf die ansonsten positive Lage.

Im Fall Chiles ist die Akkumulation von fast 21 Milliarden us\$ während der Zeit hoher Kupferpreise ausschlaggebend, die nun die notwendigen Mittel für eine aktive antizyklische Politik generieren. Die Präsidentin Michelle Bachelet hat die höchsten Zustimmungsraten ihres

Mandats gerade wegen ihres Krisenmanagements erzielt, in dem sie ein großes Infrastrukturprogramm und Geldleistungen für die Bevölkerung mit geringen Einkommen auflegte. Damit hat sie den Eindruck bestätigt, dass die Regierung sich um die sozialen Belange kümmert. Sicher hat der Anstieg des Weltmarktpreises für Kupfer auf us\$ 2,50 pro Pfund – ein Preis der weit von den Höchstpreisen früherer Jahre entfernt ist, die Minengesellschaften aber rentabel arbeiten lässt – Chile geholfen. Die Achillesferse der chilenischen Ökonomie lag dagegen in der hohen Arbeitslosigkeit von über 10%, insbesondere in einigen sozial schwachen Gegenden im Zentrum und Süden Chiles.

Brasilien seinerseits sah sich anfangs von einer Abwertung des Real getroffen, der im letzten Quartal 2008 über 40% seines Wertes verlor, konnte dann aber die Folgen des Abschwungs in der Industrieproduktion und bei den Investitionen dank der Konzentration seines Handels auf den großen Binnenmarkt und der geringen Auswirkungen auf seine Exporte neutralisieren. Die Realzinsen für Kredite konnten gesenkt werden und die Darlehen der

Entwicklungsbank *Banco Nacional de Desenvolvimento Econômico e Social* (BNDES) haben zum Schutz der kleineren Unternehmen beigetragen. Dies und die dynamische Präsenz der Regierung Lula auf der internationalen Bühne haben es Brasilien erlaubt, sich schnell von den Folgen der globalen Rezession zu erholen.

Mit Licht und Schattenseiten liegen die übrigen Länder dazwischen. Dabei überrascht es, Argentinien in dieser Gruppe zu finden, denn fast immer ist es von Wirtschaftskrisen stärker betroffen als der Rest der Region. Die Regierung steht einer Kapitalflucht von jährlich über 20 Milliarden us\$ in den letzten drei Jahren gegenüber und hat sehr schwer Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten, was eine Folge der offenen Fragen aus den Umschuldungsverhandlungen ist, die in den besten Jahren des Wirtschaftszyklus mit chinesischen Wachstumsraten (9% BIP-Wachstum von 2003 bis 2008) durchgeführt wurden. Dagegen hatte die Politik zur Vermeidung eines unkontrollierten Anstiegs der Arbeitslosigkeit und zur Aufrechterhaltung der Industrieproduktion Erfolg. So liegen die wichtigsten Probleme im Agrarsektor, wo sich die Folgen einer starken Trockenheit und die Rentabilitätsprobleme der Milch- und Viehwirtschaft bemerkbar machen, die Teil heftiger Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Landwirten sind.

Im Allgemeinen ist die Rezession, die in den letzten Monaten 2008 ausbrach, für Lateinamerika weniger schwerwiegend als anfangs erwartet und zudem kürzer. Wie der brasilianische Ex-Minister Serra das in aller Klarheit in einem kürzlichen Beitrag sagte:

Die wichtigste Erklärung für die diesmal geringeren Krisenfolgen in Lateinamerika und in Asien liegen in einer oft übersehenen aber wesentlichen Tatsache: dem Ansteckungsweg. Der finanzielle Zusammenbruch der Volkswirtschaften in den Industrieländern breitete sich in den so genannten Schwellenländern nicht über seine Hauptursachen, sondern über seine Folgen aus. Dieselben Ursachen – Zerplatzen der Immobilienblase, mit Hypotheken verbriefte Aktiva, exzessive Deregulierung des Finanzsektors, und gefährlich hohe *Leverage*-Niveaus – führten in den USA und wo immer sie vorhanden waren zu denselben katastrophalen Folgen: in Großbritannien, Irland, Spanien und Island. Das heißt, die globale Krise hat uns deswegen nicht so stark betroffen, weil wir nicht dieselben Fehler begangen haben und nicht dieselben Risiken eingegangen sind wie die USA und die am meisten betroffenen Länder.<sup>2</sup>

Alles in Allem könnte man sagen, dass die Art und Weise der Erholung immer noch unsicher ist und wir nicht wissen, ob wir über längere Zeit eine

---

2. *Op. cit.*

mittelmäßige Entwicklung haben werden oder ob wir im Gegenteil neue und bessere Strategien finden, um wieder Ergebnisse zu erreichen wie jene in den guten Jahren 2003-2008.

Zu den Herausforderungen, die sich den progressiven Regierungen stellen, damit die Krise gut ausgeht, gehören Themen wie neue Regulierungs- und Kontrollmechanismen für die Banken, Immobiliengeschäfte und Versicherungen, deren Notwendigkeit weltweit anerkannt ist; Vorschläge für Partizipations- und Kontrollmöglichkeiten der Bürger und kleineren Unternehmen; die Regelung von Verantwortlichkeiten und Sanktionen für schlechte Unternehmer, die die ethischen Grundsätze ihres Tuns verletzen, sowie eine Dynamisierung der regionalen Zusammenarbeit und Integration, die die Fähigkeit unserer Länder erhöht, sich international einzugliedern.

### ■ Die Krise und die regionale Integration

Die Integrationsvorhaben sind ein entscheidendes Kennzeichen der internationalen Realität seit dem Ende des Kalten Krieges. Heute befinden sie sich in einer Konsolidierungsphase. In dieser Zeit sich vertiefender Globalisierung ist eines ihrer bedeutendsten Merkmale die Schaffung großer Wirtschaftsregionen. Die wichtigsten Industrieländer gruppieren sich in drei Blöcke: der Europäischen Union

**Die Integrationsvorhaben  
sind ein entscheidendes  
Kennzeichen  
der internationalen Realität  
seit dem Ende des  
Kalten Krieges ■**

mit gegenwärtig 27 Mitgliedern und einem 1992 in Maastricht eingeleiteten Prozess; das Nordamerikanische Freihandelsabkommen; und der Block asiatisch-pazifischer Länder, wo in der APEC unter anderem China, Japan, Südkorea, Taiwan, Malaysia, Thailand und Indonesien zusammenkommen. Die drei Blöcke schließen alle wichtigen Industrieländer und die dynamischsten Schwellenländer ein.

Diese neue Segmentierung der Weltwirtschaft hat in Lateinamerika spezifische Auswirkungen gehabt. Die wichtigste ist die Differenzierung zweier Ländergruppen: jener Nordamerikas (Mexiko, Zentralamerika und die Karibik) und jener Südamerikas (das die 12 Länder südlich des Panamakanals umfasst). Diese Trennung verstärkte sich nach den Attentaten vom 11. September 2001, die Washington veranlassten, den Norden unserer Region

als Teil ihres »Sicherheitperimeters« im Kampf gegen den Terrorismus zu betrachten, was die unterschiedliche Behandlung beider Gebiete noch einmal zuspitzte.

Aber nicht nur die Länder sind unterschiedlich, sondern auch die Integrationsprozesse. Im nördlichen Teil der Region ist die Integration nur sehr schwach ausgebildet und beschränkt sich auf den von Präsident Vicente Fox 2000 vorgeschlagenen *Plan Puebla-Panamá*, in dem viele zentralamerikanische Regierungen lediglich eine Neuauflage früherer Infrastrukturprogramme sehen, abgesehen davon, dass sie die knappe Mittelausstattung infrage stellen. Hinzu kommt das Gefühl, dass Mexiko aufgrund seines Freihandelsabkommens mit den USA weder ausreichende Autonomie noch Interesse an einer Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn hat.

Dagegen ist die Situation in Südamerika viel dynamischer, denn Brasilien glaubt, dass es seine neue und wachsende internationale Rolle nur in einem weiteren geopolitischen Umfeld, das alle Länder der Subregion umfasst, voll ausschöpfen kann. Wie der brasilianische Experte Luis Alberto Moniz Bandeira es ausgedrückt hat, sucht die Integration »ein strategisches Ziel, das darauf abzielt, nicht nur Brasilien, sondern alle Länder des Subkontinents zu einer nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch politischen Weltmacht zu machen. Ihre Dimension geht weit über das bloß Kommerzielle hinaus«<sup>3</sup>.

Aus ähnlicher Perspektive wurde im Dezember 2004 auf dem Dritten Treffen der Präsidenten Südamerikas die Südamerikanische Gemeinschaft der Nationen (*Comunidad Sudamericana de Naciones, CSN*) gegründet; diese besteht aus den vier Ländern des Mercosur (Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay), den fünf Ländern, die damals der Andengemeinschaft angehörten (Venezuela, Kolumbien, Peru, Ecuador und Bolivien), sowie Chile, Surinam und Guayana. Auf einem Treffen auf der Insel Margarita im April 2007 wurden die Ziele der neuen Institution erweitert und ihr Name in Vereinigung Südamerikanischer Nationen (*Unión de Naciones Sudamericanas, Unasur*) geändert.

Unter den verschiedenen Entwicklungsregionen scheint Südamerika mit am besten ausgestattet, um in der globalen Politik eine wachsende Rolle zu spielen. Mit einem Territorium von 17,5 Millionen Quadratkilometern hat es eine praktisch doppelt so große Fläche wie die USA oder China. Es verfügt über

---

3. «La integración de América del Sur como espacio geopolítico» in *La Onda Digital*, 7.2009, <[www.laondadigital.com/LaOnda/LaOnda/446/B2.htm](http://www.laondadigital.com/LaOnda/LaOnda/446/B2.htm)>.



Ressourcen von unzweifelhaftem Wert, die mit der Erschöpfung vieler Rohstoffe noch an Bedeutung gewinnen werden. Tatsächlich befinden sich in der Region die größten Süßwasserreserven des Planeten (besonders in den Gletschern Patagoniens, die sich Chile und Argentinien teilen; im Wasserspeicher des Guaraní und auf den Spitzen der Andenkordillere); es gibt umfangreiche Erzreserven von Kupfer, Eisen und Zink, ebenso wie strategische Minerale wie Lithium und Uran; die Region hat Zugang zu den beiden wichtigsten Ozeanen, dem Pazifik und dem Atlantik, mit wertvollem Fischbestand und energetischen wie mineralischen Rohstoffen auf dem Meeresgrund.

Das immense Einzugsgebiet des Amazonas enthält die weltweit größte Biodiversität. Aber vor allem handelt es sich um eine Subregion, die über die günstigsten Voraussetzungen für eine Erweiterung der Produktion von exportfähigen Nahrungsmitteln – Getreide, Fleisch, Obst, Milchprodukte, Gemüse – verfügt und die Möglichkeiten der Landwirtschaft in gemäßigten und subtropischen Zonen vereint. Und dies in einer Welt, die im Laufe des 21. Jahrhunderts immer mehr Ressourcen dieser Art nachfragen wird.

Angesichts dieser Tatsachen kann Südamerika bei einer minimalen Koordination unter seinen Ländern eine große Regionalmacht für Nahrungsmittel werden und diese Nachfrage befriedigen. China und Indien haben eine Bevölkerung von 2,5 Milliarden Menschen und bei ihrem Fortschritt wird ein Teil ihrer armen Bevölkerungsmehrheit zur Mittelschicht gehören und ein höheres Konsumniveau erreichen. Der Anstieg der Rohstoffpreise in den vergangenen Jahren und die größeren Exportvolumina der lateinamerikanischen Länder sollten sich fortsetzen und ein phantastischer Hebel für den Fortschritt der Subregion sein.

Alles in Allem kann Südamerika die vierte ökonomische Makroregion des Planeten werden; das jedenfalls ist die strategische Dimension des uns bevorstehenden Integrationsprozesses. Aber um dies zu erreichen muss man Ziele bestimmen. Dabei hat man Fortschritte gemacht, denn im zweiten Halbjahr 2006 schufen die Staatschefs Südamerikas dafür eine Kommission der Präsidentenvertreter, die in Montevideo funktionierte. Dort wurde nach einer fruchtbaren Diskussion ein Projekt erarbeitet, das vier Hauptaufgaben für die südamerikanische Integration vorschlägt.

*1. Verbindungswege.* Südamerika ist ein enormes und zerrissenes Territorium ohne effektive Verbindungen zwischen den verschiedenen Ländern, nicht einmal zwischen den Regionen in einigen Ländern. Deshalb ist das erste Ziel

der Integration die Infrastruktur: der Bau internationaler Straßen, Eisenbahnen, Häfen, Flughäfen und Wasserstraßen; in das isolierte Herz Südamerikas eindringen und es vereinigen, und allen seinen Bewohnern geeignete Verkehrsverbindungen für sie und ihre Erzeugnisse anbieten. Die zentrale Idee sind die biozeanischen Korridore, horizontale Verbindungsachsen, die die Isolierung beenden sollen. Mit diesem Ziel gibt es seit dem Jahr 2000 die Initiative für die Infrastruktur der Südamerikanischen Integration (*Iniciativa para la Integración de la Infraestructura Regional, IIRSA*), die mit einer langen Liste von über 400 Projekten begann aber seit 2004 31 grundlegende Vorhaben priorisiert, um 12 Länder miteinander zu verbinden.

2. *Die Koordination in Energiefragen.* Südamerika verfügt über immense Energieressourcen: die venezolanischen Erdölvorkommen des Maracaibo-Sees und des Orinoco, abgesehen von denen, die in Ecuador, Peru und Argentinien verfügbar sind. Brasilien wird mit seinen Untersuchungen der im Meer gelegenen Tupi-Felder mittelfristig als ein Öl- und Gasgigant in Erscheinung treten. Bolivien und Peru haben bedeutsame Gasreserven und -lagerstätten. Im ganzen Gebiet gibt es große Möglichkeiten für Wasserenergie aus den immensen Flüssen und Wasserfällen. Kolumbien besitzt, wie andere Länder auch, Kohle für thermische Kraftwerke. Es bestehen konsolidierte Erfahrungen mit Nuklearenergie in Argentinien und Brasilien. Und es gibt unkalkulierbare Aussichten für nicht konventionelle Energie: Wind- und Sonnenenergie, geothermische und Biokraftstoffe. Was fehlt sind Finanzierung, Zusammenarbeit und ein adäquater Mitteltransfer, damit jedes Land Energie zu gerechten Preisen an seine Nachbarn verkaufen kann. Wenige Gebiete der Erde haben mittel- und langfristig bessere Antworten auf ihre Energiefrage als Südamerika.

3. *Die Überwindung der Armut und der Ungleichheit.* In den gerade zurückliegenden Jahren des Wohlstands konnte Südamerika die Zahl seiner unter der Armutslinie lebenden Einwohner um 60 Millionen senken. Aber es bleiben immer noch zu viele übrig. Auf der anderen Seite konnte man wenig tun, um die Ungleichheit zu verringern. Dies ist sicher die größte Herausforderung für die demokratischen Regierungen in den kommenden Jahrzehnten. Auf diesem Gebiet wird man wenig erreichen ohne eine angemessene Integration, die die erfolgreichsten Sozialprogramme replizierbar macht, die produktive

**In den gerade zurückliegenden Jahren des Wohlstands konnte Südamerika die Zahl seiner unter der Armutslinie lebenden Einwohner um 60 Millionen senken ■**

Aktivitäten über die Grenzen hinweg erlaubt, um Lösungen für die abgelegenen Gebiete zu finden, die erfolgreiche Erfahrungen im Sozialmanagement und Projektdesign integriert, und die die »territoriale Gleichheit« verbessert, damit der Fortschritt dorthin gelangt, wo die Armen leben, wofür ihnen mehr Mittel im Staatshaushalt zur Verfügung gestellt werden müssen.

4. *Die Integration in die Wissensgesellschaft.* Die südamerikanischen Länder müssen einen Sprung tun und sich die neuen technologischen Entwicklungen aneignen und sie nutzen; sie müssen dafür sorgen, dass sich ihre Universitäten und Wissenschaftler an die Arbeit machen und wissenschaftlich-technisch kreativ werden. Es geht darum, die neuen Erkenntnisse der Menschheit an die Bedürfnisse dieser Länder anzupassen, und dies ohne sterile Konkurrenz untereinander. Um das angestrebte gute Erziehungssystem zu bekommen, sind größere Räume und mehr Ressourcen notwendig und ein effektiver Integrationsprozess macht dies möglich.

Diese vier Aufgaben können schwierig erscheinen, aber sie sind bereits Teil der südamerikanischen Agenda. Die Integration ist kein Wunschenken mehr, sondern ein Prozess im Fluss, der im Moment nur Flecken der weiten regionalen Geografie erreicht, aber Erfolge verbucht und graduell voran schreitet. Als Beispiel kann man einige subregionale Erfahrungen komplementären Handels anführen, der gerade entstehende Südamerikanische Sicherheitsrat – Unasurs Beitrag zur Beilegung drohender Bürgerkriege wie im Fall Boliviens –, oder die Prioritäten der IIRSA-Initiative. Es gibt auch auf-

**Um aber den Integrationsprozess nicht nur optimistisch zu sehen, muss man die Komplikationen und Turbulenzen durch bilaterale Konflikte betonen, die sich in letzter Zeit gehäuft haben ■**

keimende Institutionen, die über die Gipfeltreffen der Staatschefs hinaus gestärkt werden müssen.

Um aber den Integrationsprozess nicht nur optimistisch zu sehen, muss man die Komplikationen und Turbulenzen durch bilaterale Konflikte betonen, die

sich in letzter Zeit gehäuft haben. Der zweimalige Abbruch der politischen und Handelsbeziehungen zwischen Kolumbien und Venezuela; der dramatische Konflikt zwischen Kolumbien und Ecuador nach dem Zwischenfall, der dem Kommandanten der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (*Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia, FARC*), Raúl Reyes, das Leben gekostet hat; der Zusammenstoß zwischen Peru und Bolivien wegen der Haltung Evo Morales' zu den Maßnahmen Perus gegenüber den Indigemeinschaften im

Amazonas; der lange Streit zwischen den Regierungen Argentiniens und Uruguays wegen des Baus von zwei Papierfabriken; und der Streit zwischen Surinam und Guyana um die maritimen Grenzen. In allen Fällen handelt es sich um Hindernisse für Fortschritte bei der Integration, und man muss so schnell wie möglich Lösungsmechanismen finden, denn sonst werden sich die Vorteile des Integrationsprozesses nicht einstellen.

In diesem Zusammenhang bleibt als Hinterlassenschaft der globalen Krise die wachsende Bedeutung Brasiliens. Seit Beginn der weltweiten Rezession haben die Schwellenländer an Einfluss gewonnen, insbesondere die BRIC (Brasilien, Russland, Indien und China). Wenn die gegenwärtige Krise keine katastrophalen Ausmaße angenommen hat, dann weil die größten aufstrebenden Volkswirtschaften, besonders China, ihr dynamisches Wachstum ohne große Einbrüche aufrecht erhielten. Deshalb wurde die Idee einer neuen internationalen Dialoginstanz akzeptiert, die neben den G-8-Mitgliedern die aufstrebenden Mächte der BRIC einbezieht. In Südamerika hat Brasilien in kurzer Zeit seine Führung ausbauen und seinen Abstand zu den übrigen elf Ländern vergrößern können.

Zu guter Letzt, wenn man die Aussichten für die Integration im Kontext der Krise untersucht, dann ist es zunächst unerlässlich, Selbstkritik zu üben. In den Jahren größten Wohlstands haben es die südamerikanischen Länder nicht geschafft, einen breiteren und reiferen Konsens zu finden. Die Rezession ist ein vorübergehendes Hindernis, das viele Bemühungen bremst. Aber die Geschichte zeigt, dass Krisen vorüber gehen, die Länder hingegen bleiben. In unserem Fall wird nur eine solide südamerikanische Architektur die komplexen Herausforderungen an die Entwicklung der Produktion, den Schutz der sozial Schwachen, das technologische Wissen und die Gleichheit lösen.

### ■ Eine verlorene Gelegenheit?

Was überraschend ist, wenn man die Auswirkungen der internationalen Krise in Lateinamerika untersucht, ist der Kontrast zwischen dem heftigen Zusammenbruch der Weltwirtschaft, der zeigt, dass die seit Ende der 70er Jahre vorherrschenden Denkschemata ausgedient haben, und den geringen Folgen dieser Entwicklung auf die Analysen und Vorschläge der progressiven Kräfte in der Region.

Es ist wichtig, die Bedeutung des neokonservativen Denkens für den Aufstieg der Rechten in den letzten Jahrzehnten in einen richtigen Kontext zu

stellen. Wahrscheinlich handelt es sich um die umfassendste und am besten ausgearbeitete Vision, die im vergangenen Jahrhundert aus diesem Sektor des politischen Spektrums hervorgegangen ist. Es stellt ein Bündel kohärenter Vorstellungen dar, deren Entwicklung und Festigung von einer Gruppe akademischer und privater Institutionen perfekt ausgedacht und umgesetzt wurden, darunter vor allem das *American Enterprise Institute*, *The Heritage Foundation*, *The Cato Institute* und der *Business Round Table*. Diese koordinierten sich in der akademischen Welt mit angesehenen Instituten und Universitäten, wie dem Zentrum für Internationale und Strategische Studien der Georgetown University oder der *Hoover's Institution on War, Revolution and Peace* der Universität Stanford.

Während der zweiten Amtszeit von Präsident Nixon in den 70er Jahren setzte sich eine Gruppe von Intellektuellen aus der Rechten mit der Vorstellung durch, dass der durch den Sieg Kennedys und sein brillantes Team liberaler Berater verschärfte Niedergang der konservativen Ideen der Republikanischen Partei nur durch permanente Anstrengungen im Denken umgekehrt werden könnte. Was damals vorgeschlagen wurde, war die Ausarbeitung eines systematischen Ideengerüsts, das in den wichtigsten Sozialwissenschaften ein politisches Projekt und neue Politikinhalte artikulieren sollte. Deshalb gingen die neokonservativen Vorstellungen weit über die an der Universität Chicago unter Leitung von Milton Friedmann entstandenen Theorien und Wirtschaftspolitiken hinaus. Sie umfassen auch eine politische Theorie mit einer restriktiven Auffassung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft, für die Irving Kristol, Seymour Martin Lipset und Nathan Glazer den Impuls gaben. Für eine Konzeption der internationalen Beziehungen, der Geopolitik zur Bekräftigung der nordamerikanischen Hegemonie und der Konfrontation mit den nicht kapitalistischen Systementwürfen, stehen vor allem die Arbeiten von Norman Podhoretz, Robert Kagan und Samuel Huntington hervor, obwohl Letzterer nie Mitglied der Republikanischen Partei war. Hinzu kommt eine orthodoxe Theologie, aus der die sogenannte »elektronische Kirche« hervorging, deren Prediger Gewicht auf Wertethemen wie den Kampf gegen Abtreibungen und die Opposition gegen Kampagnen über HIV legten. Mit einem Wort, die neokonservativen Ideen bildeten eine breite Kosmvision, die einer »konservativen Revolution« den Weg bereitete und der es gelang, liberale oder sozialistische Vorstellungen in die Defensive zu drängen, indem sie sich die Ideen von Modernität und Wandel aneignete.

Der Einfluss dieser Ansichten in den Parteien der Rechten und der Mitte Lateinamerikas war immens und wurde in dem Maße stärker, wie sie von



vielen Fachleuten und Spezialisten übernommen wurden, die – so als wären sie immer an der Regierung – die Finanzinstitutionen und wirtschaftspolitischen Entscheidungszentren beherrschten, z.B. die Zentralbanken und die Finanzministerien. Gleichzeitig prahlten sie mit der Überlegenheit ihrer Theorien und bezeichneten die Verteidigung von Strategien wie die Entwicklung nach Innen, die Förderung der Industrialisierung oder eine größere Autonomie auf internationaler Ebene als falsch und illusionär. Dies erklärt, warum die progressiven Parteien und Ansichten Mitte der 90er Jahre in fast ganz Lateinamerika in der Defensive waren und warum die im Washington Konsens zusammengefassten Ratschläge ohne Gegengewicht blieben.

Allerdings änderte sich das: Der Rückzug dieser Gruppen oder ihres Einflusses – der sich sogar auf Sektoren der linken Parteien erstreckte – begann fast ein Jahrzehnt vor dem Ausbruch der gegenwärtigen Krise und zwar gerade wegen der mageren Resultate der Politiken von Regierungen, wie der von Carlos Salinas de Gortari in Mexiko, Fernando Collor de Melo in Brasilien, Carlos Menem in Argentinien, Alberto Fujimori in Peru oder Sánchez de Losada in Bolivien. Einerseits führten die Rezepte von Privatisierungen, Deregulierungen und totaler Öffnung nicht zum wirtschaftlichen Fortschritt, sondern immer häufiger zu schweren Krisen. Andererseits nahm überall die Armut zu und die Ungleichheit wurde erheblich größer. Den Zahlen der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (*Comisión Económica para América Latina y el Caribe, CEPAL*) zufolge waren aus den 133 Millionen Armen, die Lateinamerika kurz vor der Schuldenkrise der 80er Jahre hatte, am Ende des »verlorenen Jahrzehnts« 192 Millionen geworden.

Nach flüchtigem Optimismus zu Beginn der 90er Jahre, der von globalen Veränderungen und dem Fall der Sowjetunion ausgelöst wurde, verschlechterte sich die Lage wieder, und 2001 gab es 221 Millionen Arme, von denen 99 Millionen extrem arm waren. Was die Ungleichheit betrifft, stieg der Gini Koeffizient auf über 0,52 an – ein Synonym für hohe Ungleichheit –, wobei das größte Land der Region, Brasilien, das ungleichste war.

So wie die Dinge lagen, kann der Wechsel in Richtung Mitte-Links und Links im laufenden Jahrzehnt nicht überraschen. Trotzdem muss man zugeben, dass die Ablehnung der vorangegangenen Politiken für das neue politische Panorama wichtiger war als die bewusste Akzeptanz der Vorschläge der wichtigsten progressiven Regierungen. Das Gewicht dieses Faktors ist überdeutlich, wenn es darum geht, diese Krise einzuschätzen und ihr zu begegnen.

Zunächst überrascht die in den lateinamerikanischen Ländern geringe Wahrnehmung der Schwere der Krise in den Einschätzungen zum Geschehen in den USA und den übrigen Industrieländern. Alle Berichte internationaler Organisationen oder von auf die Weltwirtschaft spezialisierten akademischen Zentren, ebenso wie die Aussagen der Betroffenen im Banken- und Finanzsektor sowie in den Unternehmen stimmen darin überein, dass die Heftigkeit der Rezession in den Industrieländern kolossal ist. Sie weisen darauf hin, dass es die schärfste Krise der letzten 80 Jahre seit der Großen Depression von 1929 ist. Hinzu kommt als neues Datum das immense Volumen der für die Rettung von Unternehmen aufgewendeten Mittel und die Tatsache, dass die Unternehmen, die vor dem Zusammenbruch standen oder zusammengebrochen sind, zu den emblematischsten des weltweiten Kapitalismus gehören: unter anderem die *Bank of America*, *General Motors* und *Merryll Lynch*.

Unter den vielen Kommentaren über die neue Situation war der plastischste der des britischen Historikers Eric Hobsbawm, der darauf hinwies, dass die im September 2008 begonnene Rezession für das bestehende Finanzsystem – ebenso wie für das dahinter stehende neokonservative Denken – und deren Prestige und Legitimität dasselbe bedeutete wie der Fall der Berliner Mauer für das Sowjetsystem und die »realen Sozialismen«.

Andererseits breitete sich die Krise sehr bald vom Finanzsektor auf die reale Ökonomie aus. In dieser Hinsicht ist notwendig zu unterstreichen, wie sehr das Denken und die wirtschaftspolitischen Modelle, die die letzten Jahrzehnte dominierten, vollkommen ihr Prestige verspielt haben. Diese Tatsache machte den hohen Wahlsieg Barak Obamas im November 2008 erst möglich. Diese zweite Dimension der Krise wird von vielen fortschrittlichen Intellektuellen und Politikern in Südamerika nicht genug berücksichtigt.

**Diese zweite Dimension der Krise wird von vielen fortschrittlichen Intellektuellen und Politikern in Südamerika nicht genug berücksichtigt ■**

Wir haben nur sehr begrenzt verstanden, dass wir vor einem doppelten Phänomen standen, das unsere Handlungsspielräume erweiterte. Einerseits die Auswirkungen einer großen Finanz- und Produktionskrise mit ihrem Ursprung in den Industrieländern und andererseits die Erschöpfung jener Sichtweisen vom Menschen, der Gesellschaft, der Wirtschaft und des Staates, die in den zurückliegenden Jahrzehnten Grundlage für die Organisation des Kapitalismus waren.



Wie ist diese eingeschränkte Wahrnehmung zu erklären? Die Medien spielten dabei eine entscheidende Rolle. Die Mehrheit und die einflussreichsten der konservativen Medien in der Region schienen sich abgesprochen zu haben, um diese Probleme als punktuelle Anomalien darzustellen, die weder das herrschende ökonomische Paradigma noch die Managementpraktiken der Unternehmen, die bankrott gingen, infrage stellten. Mehr noch als in der Krise vom Oktober 1929 begleiteten diesmal Unregelmäßigkeiten und Betrugsfälle ganz entscheidend die Ineffizienz der wirtschaftspolitischen Instrumente und Modelle. Eine solche Situation hätte eigentlich Gelegenheiten für die Umsetzung postneokonservativer Vorschläge bieten müssen und dabei hätten die fortschrittlichen Regierungen und Parteien viel aktiver an der globalen Debatte über eine neue Ordnung teilnehmen müssen. Aber außer in Brasilien kam es nicht dazu.

Besonders offensichtlich war auf den Treffen der G-20 in London und Washington der Mangel an Koordination unter den drei lateinamerikanischen Ländern dieser Gruppe: Mexiko, Brasilien und Argentinien. Obwohl es in einigen Fällen interessante Vorschläge gab, wie Argentiniens Idee, die Diskretionalität der multilateralen Finanzinstitutionen bei der Vergabe von Hilfen zu begrenzen, gab es keine gemeinsame Position und es wurde auch nicht versucht, eine solche mit den übrigen Regierungen der Region zu koordinieren.

Außerdem begannen die fortschrittlichen Parteien, die in ihren Ländern die Regierung stellten, sogar schon vor Ausbruch der Krise sich voneinander zu distanzieren. Seit Beginn des laufenden Jahrzehnts, als die Regierungsparteien in Brasilien, Argentinien, Chile und Uruguay gerade an die Macht kamen, fanden eine Reihe bilateraler und multilateraler Treffen ihrer Parteispitzen statt. Ihren Höhepunkt erreichte diese Zusammenarbeit im Mai 2006 auf einem Treffen in Montevideo, an dem die *Frente Amplio* (FA) Uruguays, die *Partido dos Trabalhadores* (PT) Brasiliens, die *Partido Socialista* (PSCH) Chiles und die Führungsriege der argentinischen *Partido Justicialista* (PJ) teilnahmen. Dabei waren die Präsidentinnen Cristina Fernández de Kirchner und Michelle Bachelet, damals noch Kandidatinnen, sowie wichtige Vertreter dieser Länder. Aber schon wenige Tage nach diesem viel versprechenden Anfang brach die innenpolitische Krise in Brasilien aus und der Konflikt zwischen Argentinien und Uruguay über die Zellulosefabriken verschärfte sich. Die gerade begonnene Arbeit wurde unterbrochen.

Dies erklärt warum man sich in unserer Region andere Sorgen macht, während sogar die Manager der Wall Street und die Vorstände der großen

nordamerikanischen Unternehmen wieder eine Intervention des Staates fordern. Obwohl der Zusammenbruch der Finanzzentren in den fortschrittlichen politischen Organisationen zu einer intensiven Debatte über die Grundlage neuer nationaler Projekte hätte führen müssen, findet man keine innovativen und konkreten Beiträge in dieser Richtung. Im Gegenteil: Aufgrund falscher Einschätzungen, die sich bald bestätigten, proklamierten die wichtigsten fortschrittlichen Regierungen anfänglich die Hypothese »gepanzelter« Volkswirtschaften und vertraten die Auffassung, die Krise der Industrieländer würde keine größeren Auswirkungen auf Lateinamerika haben. Beredsamster Ausdruck dieser Haltung waren die Bemerkungen Lulas Mitte September 2008: »Die Leute fragen mich nach der Krise und ich antworte: fragt Bush; das ist seine Krise, nicht meine«. Diese Position gründete sich auf die Kraft des vorangegangenen Wirtschaftszyklus und auf die in allen Ländern günstige Ausgangslage in Bezug auf Wachstum, bessere *terms of trade*, einen relativen Rückgang der Armut, wachsende Haushaltsüberschüsse und zunehmende Devisenreserven bei den Zentralbanken.

Aufgrund dieser Fehleinschätzung verlor man eine erste große Gelegenheit, die Krise im richtigen Kontext zu sehen und jene Sektoren im Inland zur Verantwortung zu ziehen, die sich die Vorstellungen und Methoden zueigen gemacht hatten, die die USA und die übrigen entwickelten Länder in die im Herbst 2008 beginnende Katastrophe führten. Da die Diagnose falsch war, verpassten wir auch die Gelegenheit, eine aktivere Rolle in der Debatte über eine globale Neuordnung zu spielen.

Die Aussichten für eine postneokonservative Phase in der Region, die sich auf der Kritik an der Kosmvision des vorangegangenen Modells hätte gründen müssen, waren unzureichend, schlecht koordiniert und partiell. Als die Folgen der Rezession sich wenig später in unseren Volkswirtschaften bemerkbar machten, wurde der anfängliche Diskurs der Unverwundbarkeit daher nur durch pragmatische Programme ersetzt, um schlimmere Auswirkungen auf die Beschäftigung und die Preise zu verhindern. So versuchte man, die Folgen dieser Rezession (in der es nun doch zu einem *trickle down* der schlimmsten Auswirkungen – nämlich vom Zentrum zur Peripherie – kam) in Form von Arbeitslosigkeit, Produktionsrückgang und fallenden Exporten zu vermindern.

**Da die Diagnose falsch war,  
verpassten wir auch die  
Gelegenheit, eine aktivere Rolle  
in der Debatte über eine globale  
Neuordnung zu spielen ■**

Aber es gibt einen weiteren, fast unglaublichen Punkt in diesem Prozess, der ja die ethische Beschränktheit und operative Ineffizienz des neokonservativen Paradigmas in aller Klarheit offen gelegt hat: die sichtbar werdenden negativen Auswirkungen könnten gerade den Anhängern des sozialen Wandels schaden und den Spielraum für die Rechte vergrößern. Das könnte eine erste Schlussfolgerung aus den Ergebnissen der Wahl zum Europaparlament im Juni 2009 sein, in der die Kombination aus niedriger Wahlbeteiligung und die Abstrafung der sozialdemokratischen Regierungen diese Tendenz nahelegt. Aber vor allem ist dies ein Paradox, das auch in Lateinamerika eintreten kann.

In einem kürzlichen Beitrag, der das Geschehen in Honduras nach dem Staatsstreich zu erklären versucht, bietet Immanuel Wallerstein beiläufig auch eine Interpretation über den Aufstieg der lateinamerikanischen Linken in die Regierung an. Der Verfasser sieht darin nur einen Reflex aus der Ablehnung der Politik George Bushs und seines »Neokon-Fundamentalismus«. Dazu kommt ein weiterer Faktor, ebenfalls konjunkturell und von außen: die Verbesserung der Weltmarktbedingungen für die Exportprodukte dieser Länder. Da es sich um Faktoren handele, die außerhalb Lateinamerikas liegen, so die Schlussfolgerung, könne sich in dem Maße wie jene Gründe sich ändern, die zu der Pendelbewegung nach links geführt haben, nun wieder ein für die Vorschläge und Ansichten der Rechten günstiges Klima entstehen. Wallerstein verknüpft diese Situation auch mit wenig ermutigenden Perspektiven für die Politik der nordamerikanischen Regierung in der Hemisphäre: »Die Präsidentschaft von George Bush brachte den Mitte-Links-Parteien Lateinamerikas ihre größten Wahlerfolge in den letzten beiden Jahrhunderten. Die Präsidentschaft Barack Obamas läuft Gefahr der Moment zu sein, in dem die Rechte Rache nimmt«. So wie der nordamerikanische Denker es sieht, »kam die Linke an die Macht, weil die Vereinigten Staaten abgelenkt und die wirtschaftliche Lage so gut war. Nun geht die Ablenkung weiter, aber die wirtschaftliche Lage ist schlecht und man beginnt, sie dafür verantwortlich zu machen, obwohl die Mitte-Links-Regierungen wenig gegen die Weltwirtschaft ausrichten können«<sup>4</sup>.

Es gibt gute Gründe, nicht mit allen Aspekten der Analyse Wallersteins einverstanden zu sein, aber ohne Zweifel müssen die fortschrittlichen Parteien und Koalitionen in Lateinamerika aktiv und gleichzeitig pädagogisch und systematisch eine Strategie entwickeln, um zu verhindern, dass letztlich sie es sind, die aufgrund eines mechanischen Pendeleffekts die Rechnung für

---

4. «La derecha contraataca» in *La Jornada*, México, DF, 19.7.2009.

die Krise bezahlen, indem sie sich einer auf dem Arbeitsmarkt, beim wirtschaftlichen Abschwung und zunehmendem Elend ungünstigen Lage annehmen, für die die Region und ihre Regierungen diesmal nicht die geringste Verantwortung tragen, obwohl sie deren unerwünschte, allerdings auch falsch eingeschätzte Auswirkungen erleiden.

Wallerstein hat Recht wenn er das Risiko voraussieht, dass in den nächsten Jahren die fortschrittlichen Regierungen in Uruguay, Chile, Argentinien und Brasilien von der Macht verdrängt werden, just die emblematischen Stätte, in denen Programme umgesetzt werden, die – bei allen Unterschieden einer radikaleren und zurückgebliebenen lateinamerikanischen Realität – mit denen der europäischen Sozialdemokratie vergleichbar sind. Hier ist die Lage erneut widersprüchlich: Präsidenten wie Lula und Bachelet haben Zustimmungsraten von über 70% und Tabaré Vázquez liegt über 60%. In allen Fällen stehen die Kandidaten der fortschrittlichen Kräfte, vor einem schwierigen Wahlszenarium: José Mujica muss sich in Uruguay mit einer Kampagne wegen seiner Vergangenheit als Tupamaro und seiner angeblichen Radikalität auseinandersetzen, was einen zweiten Wahlgang gegen die Summe aus *blancos* und *colorados* erschwert; Eduardo Frei belasten in Chile die wachsenden Konflikte innerhalb der *Concertación*, sowie der Verschleiß von 20 Jahren ununterbrochener Regierungszeit, die zu einer »Kommunikationsermüdung« geführt haben, die entscheidender ist als die Kraft des wichtigsten Gegenkandidaten Sebastián Piñera; und etwas ähnliches geschieht in Brasilien aufgrund der Erosion der PT und der respektablen Entscheidung Lulas, keine Verfassungsänderung für eine zweite Wiederwahl zu suchen, womit er seine Kabinettschefin Dilma Rouseff gegenüber der Koalition, die zu Zeiten Fernando Henrique Cardosos regiert hat, einer schwierigen Situation überlässt. Zu guter Letzt haben die kürzlichen Parlamentswahlen in Argentinien den Kirchnerflügel der PJ im Juni 2009 in eine schwere Lage gebracht, so dass es keinen Konsens mehr darüber gibt, dies sei die beste Option für die Präsidentschaftswahlen im Oktober 2011.

**Wallerstein hat Recht wenn er das Risiko voraussieht, dass in den nächsten Jahren die fortschrittlichen Regierungen in Uruguay, Chile, Argentinien und Brasilien von der Macht verdrängt werden ■**

Falls es in diesen erbittert umkämpften Wahlen zu ungünstigen Ergebnissen kommt, stehen Lateinamerika wahrscheinlich mehr Konflikte bevor. Alles deutet darauf hin, dass die Regierungen von Hugo Chávez in Venezuela,

Rafael Correa in Ecuador und Evo Morales in Bolivien ihre Positionen halten können. Nur, dass sie dann Mitte-Rechts-Regierungen an ihrer Seite hätten, mit denen es ihnen schwerer fallen dürfte, einen Konsens zur Vertiefung der regionalen Integration zu finden.

Die Frage ist, ob wir die Fehleinschätzungen über die Krise noch rechtzeitig korrigieren und die politische Initiative zurückgewinnen können, indem wir die grundlegenden Ideen in den Vordergrund stellen, die in den meisten akademischen und politischen Analysen Konsens sind. Heute stimmt man darin überein, dass die Zeit für die Ansichten der Rechten ungünstig ist, aber günstig für ein Transformationsdenken. Heute wird anerkannt, dass man mehr Politik braucht und größere Spielräume für sie. Es ist zu hoffen, dass das Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten zunimmt. Die Rolle des Staates in Fragen der Regulierung und Führung der Gesellschaft wird wieder als unersetzlich anerkannt. Die Dringlichkeit einer effizienten Kontrolle der großen Unternehmen und der Einführung von Mechanismen, die in geeigneter Weise die Teilhabe der Bürger an den wichtigsten öffentlichen Entscheidungen verbessern, ist offensichtlich geworden. Was aber noch nicht in Sicht ist, sind nationale Projekte und Entwicklungsstrategien, die den fortschrittlichen Kräften Lateinamerikas erlauben, die bevorstehenden Herausforderungen anzunehmen. ☐

## QUEHACER

Julio-Agosto de 2009

Lima

Nº 174

### SE SALIÓ LA SELVA

PODER Y SOCIEDAD: La vida de Edmundo Cruz. Entrevista, **Abelardo Sánchez León y Pablo O'Brien**. ¿Qué es la izquierda para un joven rapero? Entrevista a **Pedromo** por **Quehacer**. El futuro del fujimorismo, **Alejandro Ferreyros**. Keiko, **Eduardo Toche**. Izquierda peruana: una crisis persistente, **Antonio Zapata**. La izquierda (im)posible, **Martín Paredes**. Perú: un país difícil de armar. Entrevista a **Marco Arana** por **Carlos Monge**. La crítica al neoliberalismo se ha quedado sin aire, **Jorge Luis Duarez Mendoza**. ESTRELLAS DE LA SELVA: No es tiempo para permanecer callados, **Alberto Chirif**. La selva que calla y la selva que protesta, **Luis García Calderón**. No contactar a los no contactados. Entrevista a **David Hill** por **Miguel E. Santillana**. HORRIBLE, OYE: Lima: megaciudad y megaproblemas, **Rafael García**. Lima, arcadia colonial o arcadia del espanto, **Rafael Ojeda**. CULTURA: ¿Quién es Obama y cuáles son sus desafíos?, **Oswaldo de Rivero**. La aventura moral, **Alonso Cueto**. Una violencia de novela. Entrevista a **Victor Vich** por **Martín Paredes**. Un escritor ni andino ni costeño. Entrevista a **Carlos Calderón Fajardo** por **Abelardo Sánchez León**.

*Quehacer es una publicación bimestral del Centro de Estudios y Promoción del Desarrollo – desco. Suscripciones: <qh@desco.org.pe>. Página web: <www.desco.org.pe>.*